

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Zur Beachtung!

Alle für Nr. 47 des „Zimmerer“ bestimmten
Einsendungen müssen bereits

Montag, den 16. November, morgens,
in unseren Händen sein, weil des Bußtages wegen
die Expedition am Dienstag, den 17. November,
erfolgen muß. Die Redaktion.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907.

Von C. Herrmann.

I.

Das Jahr 1907 hat gegenüber dem Jahre 1906 den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Aussperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,8 pZt. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Hochkonjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe überträgt das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1905, in welchem 2323 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Aussperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. — Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein beredtes Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Kämpfe hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen vermindert. Sie betrug im Jahre 1907 281 030, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 pZt. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt M. 12 364 082 aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe M. 13 297 862. Es sind also im Jahre 1907 M. 933 780 weniger für die wirtschaftlichen Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstützungsrate ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstützung betrug im Durchschnitt 1906 M. 42,08, 1907 M. 43,99.

Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahre 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterschaft intensiv und mit jäher Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwendeten, von allen Berichtsjahren seit 1890 der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,9 pZt. der Gesamtausgabe flossen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher

zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungsweige im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstützungen, außer der Streikunterstützung, im Jahre 1906 M. 9 020 931 ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907 M. 13 659 962. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung: daß durch die Einführung von Unterstützungseinrichtungen die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwicklung in der Leistungsfähigkeit vollständig ad absurdum geführt worden.

Das prozentuale Verhältnis der Angriff- und Abwehrstreiks sowie der Aussperrungen zu den gesamten Kämpfen hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffstreiks 1635 = 58,6 pZt. In 834 Fällen = 29,9 pZt. mußte gegen versuchte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,5 pZt. vollzogen die Unternehmer Aussperrungen. Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger, als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1337 Kämpfe = 47,9 pZt. (1906: 53,8 pZt.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 pZt. (1906: 21 pZt.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22 pZt. (1906: 21 pZt.). Am 1. Januar waren 84 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsergebnis der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe: mit vollem Erfolg zu 48,5 pZt., mit teilweisem Erfolg zu 22,1 pZt. und erfolglos zu 23,4 pZt. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81 248 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 472 Kämpfen und 53 717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe nach steht dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 29 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 50 904 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie hat mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerbegruppen, ist folgend festgestellt: Mit vollem und teilweisem Erfolge wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 pZt., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 pZt., in der Metallindustrie und dem Schiffbau 75,2 pZt., in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 74,9 pZt., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 pZt., in der Holzindustrie 72 pZt., in sonstigen Berufen 64,5 pZt. und in dem graphischen Gewerbe und Papierindustrie 33 pZt.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als 50 Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachstehender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Brauereiarbeiter 97, Maschinisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 54, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2219 oder 79,5 pZt. der gesamten Kämpfe. Auf die übrigen 39 Verbände entfallen zusammen 573 = 20,5 pZt. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 649, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 649, Fabrikarbeiter 12 963, Seeleute 12 300, Zimmerer 11 984, Maler 7952, Hafensarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend verzeichneten 13 Verbände mit 238 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 84,7 pZt. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 pZt. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 4 922 467 Tage und der Ausfall an Verdienst M. 21 527 862.

Die Holzproduktionsländer.

II.

Unter ärgster Waldverwüstung früherer Zeit leidet Italien, wo nur 17 1/2 pZt. des gesamten Staatsgebietes bewaldet ist. Seiner südlichen Lage verdankt Italien einen verhältnismäßigen Reichtum von Kunistischerholz. Aber das meiste Holz, was gebraucht wird, insbesondere Bauholz, muß aus dem Auslande eingeführt werden, so aus Oesterreich-Ungarn allein nicht weniger als 90 000 Waggonladungen im Jahre im Werte von 55 1/2 Millionen Mark.

Auch Frankreich hat unter Waldverwüstung der früheren Jahrzehnte und Jahrhunderte stark zu leiden. Bloß 17,25 pZt. der Landesfläche hat Waldbestand. Deshalb ist Frankreich mit seiner hochentwickelten Industrie und dem entsprechenden Holzverbrauche auf die Versorgung durch das Ausland in hohem Maße angewiesen. Besonders weiches Holz muß stark eingeführt werden, während es an hartem Holz im Süden des Landes wertvolle Bestände besitzt.

In ganz ähnlicher Weise wie in Frankreich und in Italien muß auch Belgien über die Holzarmut klagen, ja sie ist größer als in den beiden genannten Ländern, weil bei einer unverhältnismäßig größeren Dichtigkeit der Bevölkerung auch nur 17 1/2 pZt. der gesamten Grundfläche mit Wald besetzt sind.

In noch weit höherem Maße als das eben erwähnte Nachbarland ist Holland holzarm, da nur 8 pZt. der Landesfläche Wald besitzt. Hier liegt die Ursache der außerordentlichen Holzarmut in dem Charakter des angeschwemmten und nur mühselig durch Deiche zu schützenden Kulturboden. Selbstverständlich kann der geringe Holzreichtum dem großen Bedarf des wirtschaftlich hochentwickelten Landes nicht entsprechen.

Noch ärmer an Holz als Holland ist Großbritannien und Irland, wo nur 4 pZt. der Bodenfläche Waldbestände aufweisen, die mit Ausnahme der schottischen Gebirge mehr weitläufigen Gehölzen mit wohlgepflegten Parkanlagen gleichen. Großbritannien bedarf alljährlich um 510 Millionen Mark auswärtiges Holz. Auch die europäischen Besitzungen Englands, Malta und Gibraltar, sind auf die Einfuhr von Holz aus dem Auslande angewiesen.

Wegen seiner Waldverwüstung berüchtigt ist Spanien. Nur 16 pZt. seiner im Mittelalter stark mit Wald besetzt gewesenen Bodenfläche sind mit Wald bedeckt; wenn man aber die Pyrenäen und einige kleinere Gebiete abrechnet, so findet man vollständige Waldarmut in den meisten Gebieten dieses Landes, so daß außerordentliche Mengen von Holz aus dem Auslande eingeführt werden müssen. Die Waldbestände sind meistens Rotbuchen, Ulmen, Edelkastanien, Eichen und die wertvollen Korkeichen.

Noch ärmer an Holz als Spanien ist Portugal, wenn man von den allerdings ziemlich ausgedehnten Anpflanzungen von Edelkastanien und Korkeichen absteht. Hiervon abgerechnet sind nur 3 1/2 pZt. des Landes Waldflächen, die zumeist aus Eichen- und Nadelholz bestehen. Hinsichtlich des Bezuges vieler Holzarten ist Portugal trotz der hohen Zölle, die auf die Einfuhr gesetzt sind, fast vollständig auf das Ausland angewiesen. Das finanziell so schlecht verwaltete Land hat sogar Ausfuhrzölle auf Korkeichen.

Im Gegensatz zu den erwähnten Ländern ist Rußland eines der holzreichsten Gebiete der Welt. Es ist reicher noch an Holz als Oesterreich-Ungarn, da 40 pZt., also zwei Fünftel seiner Bodenfläche, mit Holz besetzt

sind. Aber weit mehr als die Hälfte der Holzbestände liegt in der nördlichen Zone, wächst langsam, entwickelt sich schlecht, gedeiht über die Strauchform nicht hinaus und ist sehr schwer zu verwerten. Das strenge Klima, die geringe Bevölkerungsdichtigkeit, die mangelnden Verkehrswege und Verkehrsmittel lassen eine Verwertung kaum in entsprechender Weise zu, deshalb erscheint mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit Rußland nicht reicher an Holz als Oesterreich-Ungarn. Trotzdem kann Rußland im Jahre 440 000 Eisenbahnwaggons im Werte von 161 1/2 Millionen Mark ausführen. Für den Handel Rußlands sind die wichtigsten Holzgattungen Fichte (Weißholz), Tanne, Lärche, Kiefer (Rothholz), Birke, Eiche, Pappel, Linde, Buche, Erle, Aipse, Buchs, Wallnuß, Esche, Ulme. Mehr als zwei Drittel der russischen Waldungen entfallen auf Staatsforste, in denen 63 pZt. auf die Nadelholzbestände, 26 pZt. auf gemischtes Nadelholz und Laubholzwaldungen und 11 pZt. auf Laubholzwaldungen entfallen sollen. Ohne Einfluß der walddreichen und nur größerer Unternehmungslust und gesicherter Zustände bedürftenden kaukasischen, namentlich transkaukasischen Besitzungen Rußlands gibt es im übrigen russischen Asien und speziell in Sibirien ungemein ausgedehnte Waldflächen (in den sibirischen Gouvernements Tobolsk und Tomsk allein ein Areal von 65 000 000 Hektar), ja geradezu Urwaldgebiete, die bloß verbesserter Transportwege, Eisenbahnen und Flußkorrekturen benötigen, um für den Inlandsbedarf und den Weltmarkt große Mengen liefern zu können. Insbesondere käme hier die Amurprovinz in Betracht, ein fast reines Waldland, fast von der Größe des Deutschen Reiches.

Auch Finnland ist sehr walddreich. Aber ebenso wie Schweden und Norwegen verbraucht es selbst sehr viel Holz in seiner Holzstoff- und Papier- wie in seiner Säbholzfabrikation. Weit mehr als in Mitteleuropa kommt der Holzverbrauch für Zwecke des Baues von Häusern und Kirchen, für den Fahrzeugbau und zu Heizungszwecken in Betracht. Aus Finnland und aus den skandinavischen Ländern werden zumeist Weichhölzer ausgeführt, während der Bedarf an Hartholz aus dem Auslande gedeckt werden muß. Nach einem im Januar 1907 veröffentlichten Berichte sollen 46 pZt. des gesamten Bodens, 81 pZt. der produktiven Fläche mit Wald besetzt sein.

In Schweden beträgt der Anteil der Waldbestände an der Gesamtfläche unter Ausschluß der Seeflächen 47 pZt. des Bodens; Südschweden ist ungefähr in ähnlicher Weise bewaldet wie Deutschland, während das überhaupt produktive Terrain Nordschweden, das heißt des Landes nördlich vom 60. Breitengrade, das zirka 80 pZt. des gesamten schwedischen Holzexportes liefert, fast nur aus Wäldern besteht, in denen die für die Ausfuhr vorwiegend in Betracht kommenden Kiefern und Fichten vorherrschen.

In Norwegen beträgt der Anteil der Waldbestände an der Gesamtfläche zwar nur zirka 24 pZt., die aber vier Fünfteln der gesamten Kulturfläche Norwegens gleichkommen, da vom norwegischen Gesamtgebiete über 70 pZt. auf unproduktiven Boden (Sümpfe und kahles Gestein) entfallen. Als wichtigste Holzarten wären neben der Weißkiefer, Fichten, Tannen und Birken zu nennen, in den niedrigeren Lagen finden sich auch Eschen, Rotbuchen, Eichen, Ulmen u. a. m. Die norwegische Forstpolizei ließ bis vor kurzem zu wünschen übrig, sie ließ von englischen Spekulanten übermäßige Abholzungen durchführen; die norwegischen Waldbestände sanken binnen weniger Jahre von 7,76 auf 6,82 Millionen Hektar. Um die dauernde Erhaltung der norwegischen Waldungen steht es insofern günstig, als sich von den Beständen zirka 90 pZt. gutgesteckter Wälder der östlichen Landeshälfte im Staatsbesitz befinden, und gerade aus diesen ostnorwegischen Waldgebieten wird der inländische Bedarf des Landes und zum großen Teile auch ein Export gedeckt.

Dänemark ist im Gegensatz zu den anderen skandinavischen Ländern und zu Deutschland durch die namentlich in Jütland stattgefundenen unvorsichtigen Abholzungen ein waldarmes Land geworden. Von den einst so herrlichen hochstämmigen Eichenwäldern Jütlands sind nur einzelne zum Teil in verkrüppelter Form erhaltene Eichengestrüppe geblieben. Bloß 7 pZt. des dänischen Bodens sind bewaldet, so daß Dänemark auf eine sehr starke Holzeinfuhr angewiesen ist. Das zu Dänemark gehörige, aber sich selbst verwaltende Föland besteht wesentlich aus vulkanischen Gesteinen und ist für Baumwuchs wenig geeignet, mehr als strauchige Birken gedeihen nicht. Das Land ist auf die Einfuhr von Holz oder auf Treibholz angewiesen. Auf der ebenfalls zu Dänemark gehörigen Inselgruppe der Faröer herrscht gänzlicher Mangel an Wald.

Zu den Ländern mit starkem Holzexport gehört Rumänien, das bei einer wenig dichten Bevölkerung

und unentwickelter Industrie an hartem und weichem Holz sehr reich ist. Das Waldareal Rumäniens beträgt rund 2,755 Millionen Hektar. Der Staatswaldbesitz von über 1 Million Hektar besteht zu 16 pZt. aus Nadelhölzern, zu 84 pZt. aus Laubbölzern; in den letzteren sind zirka ein Drittel Eichen enthalten. Die Ausfuhr wird befördert durch eine rücksichtslose Waldverwüstung, vorwiegend in dem einem raschen Untergang entgegengehenden forstlichen Bauernbesitz in den weiten Ebenen des Königreiches an der unteren Donau. Dem Landhunger der Bauernbevölkerung erscheinen Ackerflächen wertvoller und wichtiger als Waldbestände. Im Jahre 1905 wurden zirka 45 000 Waggons im Werte von 21 1/4 Millionen Mark ausgeführt. Neben einheimischen und österreichisch-ungarischen Holzhändlern sind es insbesondere Reichsdeutsche, die an der unrationellen Verwertung des rumänischen Holzes beteiligt sind.

Die mangelhaften Transportmöglichkeiten in Bulgarien erlauben trotz der Besetzung von 3 Millionen Hektar, also rund 30 pZt. der gesamten Landesfläche, mit Wald eine bedeutende Ausfuhr von Holz nicht. Bisher ist Bulgarien, abgesehen von Brennholz, ein Holzimportland geblieben.

Der Holzreichtum Serbiens ist statistisch nicht festzustellen. Der Waldboden wird auf 10 bis 30 pZt. der gesamten Bodensfläche des Landes geschätzt. Größtenteils bestehen die Waldungen aus Laubholz. Erst in den letzten Jahren hat sich eine wachsende Ausfuhr von hartem Rohholz, insbesondere von rohen Eichen, Buchen und Kieferholz entwickelt. Neuerlich gelangen auch Fichten- und Tannenbestände zur Verwertung. Im Jahre 1884 führte Serbien noch für 2,4 Millionen Mark Holz ein, im Jahre 1903 sank die Einfuhr auf den Wert von M. 760 000; die Holzausfuhr betrug in der gleichen Periode mit großen Schwankungen im Durchschnitt knapp 1 Million Mark und erreichte im Jahre 1906 1,28 Millionen Mark.

Montenegro ist durch sorglose Forstwirtschaft sehr waldbarm geworden; es soll nur noch über 20 pZt. Waldland verfügen. Das Land spielte bisher weit mehr für die Holzeinfuhr als für die Holzausfuhr eine Rolle.

Die europäische Türkei dürfte eine Gesamtwaldfläche von 4 Millionen Hektar haben, somit mit 22 pZt. im Durchschnitt bewaldet sein, wobei eine außerordentliche Verschiedenheit der Waldbestände zu bemerken ist. Das Heizen mit Holzkohle oder eine sorg- und gedankenlose Waldverwüstung vermindern den Holzreichtum. In viele türkische Gebiete, so z. B. nach Mazedonien, muß Holz eingeführt werden. Für rund 9 Millionen Mark wurde im Jahre 1905/06 Holz nach der Türkei eingeführt.

Die Gebirge von Kreta sind meist entwaldet, so daß das im Altertum wegen seiner Waldbestände vielgerühmte Land heute vollständig auf die Einfuhr angewiesen ist. Dasselbe gilt von Griechenland, dessen Waldfläche mit 9,3 pZt. bis auf 16 pZt. des Bodens eingeschätzt wird. Das Land führt somit Holz in größeren Mengen ein und kommt für die Holzausfuhr nicht erheblich in Betracht.

Starke Belastungsprobe.

Th. Berlin, den 1. November 1908.

Seit sehr langer Zeit ist das monarchische Gefühl der besitzenden Klassen nicht einer so starken Belastungsprobe ausgesetzt gewesen wie in diesen Tagen. Die besitzenden Klassen sind lediglich um deswillen Monarchisten, weil sie meinen, die monarchische Staatsverfassung garantiere ihnen ihre Vorrechtsstellung und ihr Ausbeutungsrecht am Volke sicherer als die Republik. Die „Treue zu Kaiser und Reich“ ist ihnen also Geschäft und zwar kein schlechtes. Sobald sie merken, daß dieser einzige Untergrund für ihre Gesinnung nicht mehr zuverlässig ist, dann bedenken sie sich keinen Augenblick, dem Königtum zu erklären, es gehe im Notfalle auch anders. — Immer wieder muß daran erinnert werden, daß seinerzeit die „Köln. Ztg.“ als Hauptorgan des liberalen Industrialismus den Hohenzollern rund heraus sagte, der Liberalismus kenne nur einen **V e r n u n f t - M o n a r c h i s m u s**, und die Liberalen würden ihre monarchische Gesinnung „revidieren“, will sagen: auf die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit hin prüfen, wenn den Forderungen des Industriekapitals nicht nachgegeben würde. Und ebenso hat sich bekanntlich das Agrarkapital in seinem Hauptorgan, der „Deutschen Tageszeitung“, geäußert. Ohne weiteres ließ vor sechs Jahren dieses Blatt „die Throne krachen“, als bei der Regierung Bedenken laut wurden, die Hauptnahrungsmittel des Volkes durch Wucherzölle zu verteuern. Die monarchische Regierung ist in beiden Fällen gehorsam gewesen, und alsbald hat sich der Riß in der monarchischen Gesinnung der besitzenden Klassen wieder zugezogen; sie schimpfen wieder mit unbedeutender Stimme und tiefer sittlicher Entrüstung über die

Sozialdemokratie, weil diese die monarchische Staatsform zu beseitigen strebt.

Seit vier Tagen ist nun wieder ein jäher Sturz an der Quecksilbersäule des monarchischen Barometers zu beobachten. Es zeigt auf Sturm. — Man kann es den Herren nachempfinden. Die wirtschaftliche Krise erschwert ihnen die Profitmacherei ohnehin, und nun ist durch Veröffentlichung eines langen Gesprächs zwischen Wilhelm II. und einem englischen Diplomaten im Londoner „Daily Telegraph“ eine Stimmung im gesamten Auslande gegen Deutschland erzeugt worden, die ungleich schlimmer als die schwierigste Produktions- und Handelskrise auf die deutschen Geschäftsbeziehungen im Auslande wirken muß, also auf denjenigen kapitalistischen Seelennerb, an dem die Herren am lieblichsten sind.

Wilhelm II. hat danach, um den Hauptinhalt kurz zu wiederholen, versichert, er sei im Gegensatz zur Mehrheit des deutschen Volkes ein aufrichtiger Freund Englands; er habe ferner 1899 seiner Großmutter, der Königin Viktoria von England, den von ihm selbst ausgearbeiteten und von seinem Generalstab begutachteten Feldzugsplan gegen die Buren gesandt, und dieser Plan habe im großen und ganzen übereingestimmt mit dem Plan, den dann Lord Roberts im Burenkriege wirklich durchgeführt hat. Ferner seien eben damals (1899) Rußland und Frankreich an ihn herangetreten mit dem Vorschlage, England „bis in den Staub zu demütigen“; doch habe er die Ausführung dieses Planes gehindert. Weiter habe Wilhelm II. die Engländer aufgefordert, sich bereit zu halten, mit den vereinigten deutsch-britischen Kriegsflootten gemeinsame Interessen im Stillen Ozean gegen Japan und China zu verteidigen.

Im ersten Augenblick hielt man die Veröffentlichung für einen tollen Aprilscherz, obwohl der „Daily Telegraph“ versicherte, an der absoluten Zuverlässigkeit seines Gewährsmannes sei keinerlei Zweifel erlaubt. Dann, als sich bald herausstellte, daß das Gespräch wirklich stattgefunden hatte, glaubte man an allerlei Mißverständnisse und demzufolge an falsche Pointierungen. Als auch dieser Ausweg verrammelt wurde, setzte man die letzte Hoffnung darauf, daß ein grober Vertrauensbruch vorliege, daß Wilhelm II. in verbrossener Laune dem englischen Diplomaten die Dinge erzählt und dieser dann die Sache indiskret ausgeplaudert habe. Doch auch diese letzte Hoffnung ist zerstört worden durch die Mitteilung, die Veröffentlichung sei erfolgt auf direkten Wunsch Wilhelm II., er habe sogar die Korrekturfahnen vor Veröffentlichung des Artikels selbst gelesen; jedes Wort der verblüffenden Enthüllungen sei somit vorher von ihm nachgeprüft worden.

Man begreift, daß dadurch die Sache ein noch viel ernsteres Gesicht bekommen hat. Dafür haben die besitzenden Klassen ein viel feineres Gefühl, weil sie wissen, wie heillos ihr Profitinteresse bei der ohnehin schon herrschenden politischen und wirtschaftlichen Spannung geschädigt werden kann. Es ist darum zu verstehen, daß in den letzten Tagen bürgerliche Blätter eine Sprache gegen Wilhelm II. geführt haben, die er in den zwanzig Jahren seiner Regierung noch nie zu hören bekommen hat. Er wird sie ja auch jetzt nicht zu hören bekommen, da er es sich gefallen läßt, lediglich Zeitungsausschnitte, fein aufgeklebt, vorgelegt zu erhalten. Aber das ist für uns und für Beurteilung der Angelegenheit Nebensache. Erfährt jetzt Wilhelm II. nicht, was auch die bürgerlichen Kreise über ihn denken, so ist das seine Schuld. Die Erregung und Erbitterung über den Inhalt seines Gesprächs wird darum nicht geringer.

Was die englische und französische Presse zu der neuesten Sensationsaffäre, in die Wilhelm II. verwickelt ist, sagt, läßt sich nach deutschen Rechtsverhältnissen auch nicht andeutungsweise wiedergeben. Der französische Diplomat Noville läßt erklären, nicht er, sondern Wilhelm II. habe zuerst dem Gedanken Ausdruck gegeben, England müsse bis in den Staub gemüht werden. Ein der russischen Regierung nahestehendes Blatt spricht offen aus, nach dieser Veröffentlichung werde sich jeder auswärtige Staat schon bedanken, Deutschland irgend ein diplomatisches Geheimnis anzuvertrauen. Die englischen Blätter versichern, von einem Feldzugsplan, den Wilhelm II. seiner Großmutter überfand habe, sei weder im Kriegsministerium noch im Privatarchiv der Königin irgend etwas bekannt. Es sind keine Schmeicheleien, die im Anschluß an die Widerlegung der tatsächlichen Angaben des deutschen Kaisers getnüpft werden.

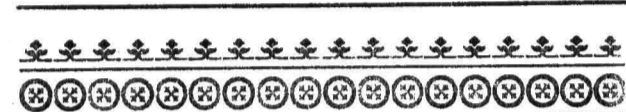
Von den deutschen bürgerlichen Blättern schlagen die meisten einen an ihnen ganz ungewohnt kräftigen Ton an. Das Organ der Grubenbarone und Industriefürsten, die „Rhein. Westf. Ztg.“, schreibt, so habe kein **P o l i t i k e r** gesprochen, sondern die Gefühlspolitik, „auf die wir immer tiefer“ — Es werde die deutsche Volkseele aufs tiefste treffen, das „sein Kaiser“ den Feldzugsplan zur Vernichtung der uns stammverwandten Buren selbst ausgearbeitet habe. So habe noch nie ein deutscher Kaiser gehandelt. — Der fromme „**R e i c h s b o t e**“ versichert, die Enthüllungen seien ein so schwerer Schlag, „wie uns noch kein zweiter betroffen hat“. Die bis in die Knochen kaisertreue „**T ä g l i c h e N u n d s c h a u**“ beschwert sich über „die

doppelte Buchführung in der Politik"; denn am 3. Januar 1896 habe Wilhelm II. durch das bekannte Telegramm an den Präsidenten Krüger die Buren zum Widerstand ermutigt, und dann habe er den Plan zu ihrer Vernichtung ausgearbeitet. — Das „Berl. Tagebl.“ sagt, daß „Fehler über Fehler“ gemacht würden, daß die deutsche Freundschaft als unzuverlässig, die Ziele der deutschen Politik als irrlich und angesehen werden müßten.

Der Direktor einer der ersten deutschen Banken hat gemurmelt: „Bei uns ringt alles die Hände“; der deutsche Handel werde die Kosten zu tragen haben.

Nach der Marokkoblamage, nach dem Briefwechsel Wilhelm II. mit dem englischen Admiral Tweedmouth, nach der anfänglichen Verweigerung des „zu armen“ neuen amerikanischen Botschafters in Berlin, und nach der geringschätzigen Ausschaltung Deutschlands bei Regelung des Balkanhandels, ist der neue Schlag allerdings ein für die Haltung der deutschen Diplomatie zerschmetternder.

Einen Krieg kann die Enthüllung des Gesprächs nicht zur Folge haben. Wohl aber wird es eine kräftige Wertschätzung in das monarchische Gefühl weitester bürgerlicher Kreise schießen. Und diesen Erfolg ist der Lärm schon wert; denn mit dem Monarchismus sinkt in Deutschland der Militarismus. Das ist und bleibt die Hauptsache.



Verbandsnachrichten.

Gewerkschaftspolitik, Gewerkschaftsstrategie, Kampftaktik, Tarifverträge usw.

Zur Tarifbewegung haben sich bis jetzt, soweit ich die Diskussion verfolgt habe, nur Kameraden aus Großstädten geäußert. Das könnte den Anschein erwecken, als hätten die Kameraden der kleinen und mittleren Zahlstellen nicht den Mut dazu, das Wort zu ergreifen. Ich bin der Meinung, daß dies für unsere Organisation nur zum Schaden sein kann. In einer derartig wichtigen Angelegenheit muß jeder seine Meinung aussprechen, je eingehender die Aussprache, desto stärker der Wille der Organisation. Zunächst einiges über die Tarifbewegung im allgemeinen: An Umfang hat die Tarifbewegung erst in den letzten fünf bis sechs Jahren gewonnen. Das Bestreben nach schriftlichen Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen machte sich allerdings schon früher bemerkbar; im Ernst kann man indes erst von dem Zeitpunkt an von einer Tarifbewegung sprechen, wo der erste Buchdrucker-tarif zu stande kam. Ueber den Wert von Tarifen war man damals in Gewerkschaftskreisen sehr geteilter Meinung; eine starke Mehrheit bekannte sich als strikte Gegner von Tarifen. Soweit ich entsinne, kam es auch innerhalb der Buchdruckerorganisation zu einer Zerspaltung wegen des Tarifabschlusses. Ich habe im Jahre 1899 hier in Pant zwei großen öffentlichen Volksversammlungen beigewohnt, wo die Tarifbewegung im Buchdrucker-gewerbe zur Erörterung stand. Die Versammlungen hießen die Zerspaltung gut, sie bezeichneten den Buchdruckerverband als eine nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Organisation und stimmten dem Ausschluß der Buchdrucker aus dem hiesigen Gewerkschaftskartell zu. Ähnlich wurde auch in einer Anzahl anderer Städte entschieden. Heute stehen wir tatsächlich vor einer großen Umwälzung; heute spricht man von einem Reichstarif im Baugewerbe. Daran hat man vor zehn Jahren weder gedacht, noch hat man einen solchen angestrebt. Wenn nun auch wir im Zimmerergewerbe an einen Reichstarif noch gar nicht denken, so dürfen wir uns doch andererseits der Tatsache nicht verschließen, daß in Arbeitgeberkreisen eine sehr starke Strömung für Schaffung eines solchen besteht. Wir haben auch damit zu rechnen, daß diese Strömung im Arbeitgeberlager an Einfluß gewinnen wird und deshalb muß es unsere Aufgabe sein, unseren Zentralverband so auszugestalten, daß er in jeder Beziehung sich gewachsen zeigt. Der Einfluß unseres Verbandes hängt eben ganz von seiner Stärke ab. Diejenigen Kameraden, die sich bisher im „Zimmerer“ zu dieser Frage geäußert haben, sind alle für den Abschluß von Tarifverträgen eingetreten. Auch ich bin für Tarifverträge, vorausgesetzt, daß sie sich auf einer Grundlage bewegen, die den beiderseitigen Willen respektiert. So große Vorteile, wie einige Kameraden erhoffen, verspreche ich mir heute von einem Tarifvertrag noch nicht. Kamerad Bringmann hat einmal den Ausspruch getan: „Eine gut gefüllte Lokalkasse ist weit besser für die Organisation als der beste Tarifvertrag.“ Ich unterschreibe diesen Satz heute noch voll und ganz. Tarifverträge müssen von beiden Seiten respektiert werden. Unsere Organisation ist bestrebt und wacht aufmerksam darüber, daß der Vertrag innegehalten wird; anders aber die Arbeitgeber im Baugewerbe. Können wir nicht fast in jeder Nummer unseres Fachorgans von

Tarifverletzungen der Unternehmer lesen? Diese betrachten den Tarifvertrag nur als ein nicht zu umgehendes Uebel. Das ist wiederholt von Arbeitgebern ausgesprochen worden. Im „Zimmerer“ Nr. 41 führt Zimmermann-Bremen einen Ausspruch an, der vor zwei Jahren vom Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet auf dessen Verbandstag gemacht wurde. Dieser Verbandstag tagte aber nicht in Jever, wie Zimmermann meint, sondern in Oldenburg. Aber auch auf der dies-jährigen Tagung, am 30. und 31. Januar, wurde ein ähnlicher Standpunkt vertreten. (Siehe „Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ Nr. 6 und 7.) Dort beschäftigte man sich unter anderem mit folgendem Antrag: „Sämtliche Tarifverträge, welche mit dem 31. März d. J. ablaufen und erneuert werden sollen, sind bis zum 15. März d. J. beim Vorstand des Bezirksverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet, unter Vorbehalt der Genehmigung des letzteren resp. des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, einzureichen.“ In dem Bericht über die Verhandlungen heißt es: „An der sehr lebhaften Debatte beteiligen sich die Herren Neumann-Norden, Lehmann und Strudmann-Bremen, Ristner-Lehe-Bremerhaven, Heits-Emden, Adena-Nordenham, Tapfen-Wilhelmshaven und Bachhaus-Oldenburg. Alle Redner stehen im Prinzip auf dem Standpunkt der Ablehnung von Tarifverträgen, doch halten unter anderen die Herren Karl Meyer, Lehmann und Strudmann-Bremen, Neumann-Norden und Heits-Emden die Abschließung von Tarifverträgen für ein nicht zu umgehendes Uebel.“ (Siehe „Arbeitgeberzeitung für das Baugewerbe“ Nr. 7, 2. Bl.) Hieraus geht deutlich hervor, wie die Arbeitgeber über den Abschluß von Tarifverträgen denken. Solange man aber bei ihnen einen derartigen Standpunkt vertreten findet, muß man mit Recht den Tarifverträgen pessimistisch gegenüberstehen. Auch soll man nicht sagen, daß durch die Tarifverträge allein unsere Organisation stark geworden ist. Nach meiner Meinung sind es erstens die gewaltigen Lohnkämpfe, Aussperrungen usw., die die Zimmerer in unsere Organisation getrieben haben, und zweitens sind es unsere Einrichtungen, die dem Verbands Stabilität und Werkkraft verschafft haben. Ich kann auch der Ansicht nicht hulldigen, wie Kamerad Krenker-Frankfurt a. M., daß durch den Tarifvertrag mehr Zeit für die Agitation gewonnen wird. Gewiß wird für den Gauleiter Zeit gewonnen, wenn er überhaupt mit Lohnbewegungen nichts zu tun hat; das kann aber nicht der Wille unserer Organisation sein. Die Emanzipationsbestrebungen der Zimmerer Deutschlands dürfen keineswegs durch die Tarifverträge gehemmt werden. Also gar zu rosig soll man den Tarifvertrag nicht ausmalen, lieber soll man die Schattenseiten scharf hervorheben.

Nun zur diesjährigen Tarifbewegung im Baugewerbe. Mit Recht wird hervorgehoben, daß nicht mehr zu erreichen war, und als Grund hierfür wird die gegenwärtige Krise angeführt. Ich hätte nun aber gern gesehen, daß man auch etwas näher auf die Krise selbst eingegangen wäre und durch einige Beispiele versucht hätte, Wesen und Ursachen der Krise den Verbandsmitgliedern vor Augen zu führen. Tatsächlich geht man über so ernste Erscheinungen in unseren Kreisen sehr leicht hinweg. Viele Kameraden glauben an eine Krise nicht, wenn an ihrem Wohn- oder Arbeitsort die Arbeitsgelegenheit noch gut ist. Die allgemeine Lage findet bei uns noch zu wenig Berücksichtigung, und deshalb darf man nicht bloß sagen, wir befinden uns in einer Krise, sondern man muß auch Beweise dafür bringen. Ich will nun versuchen, einige Beweise anzuführen.

Daß wir uns in einer Krise befinden und der Arbeitsmarkt auch im Zimmerergewerbe überfüllt sein muß, dafür bieten sich uns mancherlei Anhaltspunkte in unserer eigenen Organisation. Zunächst ist es die Arbeitslosenzählung, die ein anschauliches Bild gibt von der Lage des Arbeitsmarktes im Zimmerergewerbe. Dieses Bild wird vervollständigt durch die Vierteljahrabrechnungen und schließlich durch die an Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen. Es wurden ausbezahlt an Arbeitslosenunterstützung im

1. Quartal 1906	M. 77789
1. „ 1907	„ 173480
1. „ 1908	„ 361886

Diese Zahlen sagen nach meinem Dafürhalten genug, so daß ein weiteres Eingehen darauf sich erübrigt. Bei Betrachtungen über die allgemeine Krise muß hervor-gehoben werden, daß im kapitalistischen Staat alles voneinander abhängt, alles im engsten Zusammenhange miteinander steht, so daß es ganz selbstverständlich ist, daß wir als Zimmerer darunter zu leiden haben, wenn in anderen Verufen bezw. Industrien die Arbeitsgelegenheit schlecht ist. Beweisen wir einmal auf andere Art und Weise, daß die Krise ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Nehmen wir einmal als Richtschnur die Erhebungen einer uns nahe-stehenden Organisation über die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1908, veranstaltet vom Zentralverband der Maurer. Es kann hier ja nur einiges aus den Ergebnissen herausgegriffen werden. So arbeiteten z. B. in Königs-berg

im Jahre 1906	856 Maurer
„ „ 1907	599 „
„ „ 1908	390 „

Im Hannover hatte der Zweigverein der Maurer im zweiten Quartal dieses Jahres 343 Mitglieder weniger als in demselben Quartal des Vorjahres, und trotzdem waren noch 200 Arbeitslose vorhanden. Im Gau Frankfurt a. M. ging die Mitgliederzahl von 11 000 bis 12 000 auf rund 5500 zurück. So könnte man Beispiel an Beispiel reihen, immer dasselbe Bild. Auch die Krankenkassen, deren Berichte beim Statistischen Amt eingeliefert und die im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht werden, weisen einen Rückgang in der Mitgliederzahl auf. Die Verkehrs-einnahmen aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen wiesen in den Monaten Januar und Februar 1908 gegen das Vorjahr eine Mehreinnahme auf; im Monat März wurden dagegen M 1 931 765, im April M 8 427 728, im Mai 5 769 817 und im Juni M 6 076 875 weniger verein-nahmt als in demselben Monaten des Vorjahres. Auch in der Eisenindustrie macht sich die Krise bemerkbar. So verhandte der Stahlwerksverband im Monat April dieses Jahres 371 956 Tonnen gegen 436 468 Tonnen im März und 481 934 Tonnen im April des vorhergehenden Jahres. Auch der Verbrauch an Roheisen ging zurück; er betrug im April 979 868 Tonnen gegen 1 099 257 Tonnen in demselben Monat des Vorjahres. Auch die Klein-eisenindustrie (Verfertigung von Handwerkzeugen, Messern, Schaufeln, Werten und Hausgeräten) hat die Krise arg mitgenommen, wodurch auch der Solinger Bankrott hervorgerufen wurde. Wie in der Eisenindustrie, so macht sich auch die wirtschaftliche Depression in der Textilindustrie bemerkbar. Ueberall Betriebseinschränkung, Reduzierung der Arbeitszeit, Arbeiterentlassungen usw. Die Textilarbeiter haben einen Kampf zu führen, um die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Man könnte noch mehr Beispiele anführen, um den Beweis zu erbringen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands tatsächlich unter einer Krise zu leiden hat, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, und deshalb müßten auch die Zimmerer Deutschlands mit dem zufrieden sein, was erreicht wurde, und das ist: „Keine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Von diesem Standpunkte aus kann man es auch verstehen, wenn gesagt wird, der Zentralvorstand konnte nicht anders han-deln. Man soll aber auch denjenigen Kameraden keinen Vorwurf machen, die anders denken. Denken wir uns ein-mal in die ganzen Verhältnisse hinein. Wie wurden früher die Verhandlungen bei Lohnbewegungen geführt und wie heute? Früher jeder einzelne Ort für sich, heute von Zentra-le zu Zentrale. Daß diese Art nicht gleich die volle Zu-stimmung der Mitglieder findet, ist selbstverständlich. Wer sich darüber so leicht hinwegsetzt und von Prinzipienreiterei spricht, der kennt die tatsächlichen Verhältnisse nicht oder will sie nicht kennen. Bei jeder Neuerung hat man mit Gegnern zu rechnen, was der Organisation niemals schaden kann, wenn die Gegner sachlich ihren Standpunkt ver-treten. Gingu kam noch, daß die Zeit zwischen Fällung des Schiedspruches und Anerkennung desselben so kurz bemessen war, daß tatsächlich eine Organisation wie die unserer nicht eingehend genug das Für und Wider er-wägen konnte. Deshalb die Mißstimmung. Hätte man Zeit genug gehabt, die Mitglieder genügend darüber auf-zuklären, so wäre die Opposition bedeutend abgeschwächt. Hier hätte es der Zentralvorstand in der Hand gehabt, dahingehend zu wirken. Tatsächlich ging die ganze Sache doch weiterhin nicht so eilig, wurden die Verträge doch erst am 15. August gegenseitig unterzeichnet.

Nun zur weiteren Tarifbewegung. Eine bestimmte Taktik will niemand festgelegt wissen, und das ist richtig. Die 18. Generalversammlung soll eine Körperschaft wäh-len, die die nächsten Zentralverhandlungen führt und ewen-tuell abschließt. Wie die Körperschaft aussehen soll, dar-über hat sich noch keiner geäußert. Ich bin der Meinung, wenn unsere Organisation im Fortschreiten nicht gehemmt werden soll, daß dann die Körperschaft auf möglichst demo-kratischer Grundlage zusammengesetzt sein muß, daß sämt-liche Wünsche in weitgehendster Weise berücksichtigt wer-den müssen. Die Generalversammlung kann nach meiner Meinung diese Körperschaft nicht wählen, sie kann nur die Zahl festsetzen. Selbstverständlich muß der Zentralvorstand in dieser Körperschaft Sitz und Stimme haben, außerdem muß aber unbedingt jeder Bezirk durch eine Anzahl De-legierte vertreten sein. Eine derartige Körperschaft muß das Vertrauen der Mitglieder haben, und müssen die ein-zelnen Bezirksvertreter auf Zahlstellenkonferenzen gewählt werden. Dies ist meine Ansicht über die Körperschaft, die bei den zentralen Verhandlungen ihre Tätigkeit entfalten soll; ob ich damit Anklang finde, bleibt dahingestellt.

Nun ist es selbstverständlich, daß die 18. Generalver-sammlung dafür Sorge zu tragen hat, daß wir allen Stülz-men mit Ruhe entgegensehen können. Die Stokkraft der Organisation muß verdoppelt werden. Dies geschieht durch finanzielle Stärkung und immer weitere Ausbreitung. Möge die Generalversammlung in diesem Sinne be-schließen. **Seiner. Onnen, Pant-Wilhelmshaven.**

Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

Agitationsberichte.

Im Auftrage des Zentralvorstandes hatte ich im Rheinland und in Hessen eine Agitationsreise auszuführen. Es waren in der Zeit vom 18. bis 28. September zwölf Versammlungen arrangiert, die auch alle stattgefunden haben.

Die erste Versammlung in Essen war leider nicht gut besucht; von 210 Mitgliedern, wovon 165 am Orte beschäftigt sind, waren nur 55 erschienen. Eine recht lebhaft diskutierte fand statt. Die Redner hatten zwar gegen die Ausführungen nichts einzuwenden, nur wollte man für Essen allein einen Tarif; denn dadurch wäre jetzt und auch für die Zukunft mehr zu erreichen.

über unsere Taribewegung befragt werden. Dann glaube ich aber auch, daß bei den weitaus meisten Mitgliedern das Vertrauen zu den leitenden Instanzen unseres Verbandes recht groß ist, man tatsächlich den Verlauf der diesjährigen Bewegung als das beste was geschehen konnte, ansah und sich jetzt in dem süßen Bewußtsein einlullt, daß diese Instanzen auch fernherin verstehen werden, die Interessen der Mitglieder zu wahren. Jedenfalls hat mir die Aussprache, die ich vor und nach der Versammlung mit den einzelnen Zahlstellenverwaltungsbeamten und anderen Mitgliedern hatte, gezeigt, daß von einer tiefgehenden Strömung gegen die diesjährige Taktik unserer Verbandseitung nicht geredet werden kann.

Dresden, den 18. Oktober 1908.

Richard Bösch.

Eine Agitationstour durch Bayern, in der Zeit vom 15. bis 24. September, hat mich nicht befriedigt, da die Versammlungen zumeist recht schlecht besucht waren, auch eine Diskussion selten stattfand. Doch dürfte das letztere seinen Grund darin haben, daß man allgemein mit der Handlungsweise der Verbandseinrichtungen in bezug auf die diesjährige Taribewegung einverstanden war. Die Versammlung in Nürnberg hat einen guten Eindruck hinterlassen; leider waren von 700 organisierten Mitgliedern nur circa 200 bis 220 in der Versammlung.

der Verband für die 60 % Beitrag nicht genug leistet, wie die nachfolgende Diskussion ergab. Bayeruth hatte die schlechteste Versammlung. Von 70 Mitgliedern waren nur 16 anwesend. Gegenteilige Meinungen in der Tarifrage wurden nicht laut. Der Vorsitzende klagte, daß in den beiden letzten Versammlungen nur je vier und sechs Mitglieder gewesen seien. Das läßt tief blicken. Zufällig war an diesem Tage Kirchweih in den umliegenden Dörfern und die ging der Versammlung vor! Auch in Selb waren von 82 Mitgliedern nur 11 Mann anwesend.

In sämtlichen Versammlungen kam keine andere Meinung zur Geltung, als daß gehandelt werden mußte wie geschehen. Auch darüber, daß die nächste Generalversammlung die Zentralinstanzen mit mehr Machtmitteln bezüglich des Tarifabschlusses ausrüsten müsse, herrschte Einmütigkeit. Es mag sein, daß deswegen keine gegenteilige Meinungen auftauchten, weil Bayern dieses Jahr im allgemeinen am besten abschloß. Meine Ausführungen dürften indes wesentlich zur Klarlegung der ganzen Situation beigetragen haben. Bedauerlich war nur, daß man derartige Referate in der Hauptsache vor leeren Tischen halten mußte.

Josef Fallenschmid, Stuttgart.

In der Zeit vom 17. bis 30. September führte Unterzeichner im Auftrage des Zentralvorstandes im Gau 9, Sächsisch, eine Agitationstour aus. Es waren 12 Versammlungen veranstaltet, deren Besuch sich aus nachstehenden Zahlen ergibt:

Table with 3 columns: Name der Zahlstelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der Versammlungsteilnehmer. Rows include Eisenburg, Würzen, Grimschulau, Greiz, Gera, Eisenberg, Zeitz, Naumburg, Weißenfels, Merseburg, Leipzig, and Marktstädt.

Im allgemeinen waren die Versammlungen recht spärlich besucht. Die Ursache dieser bedauerlichen Erscheinung ist einmal der Umstand, daß sich die in Betracht kommenden Zahlstellen über recht weit ausgedehnte Gebiete erstrecken, so daß die Kameraden oft bis zu zwei Stunden Wegs nach dem Versammlungsort zurückzulegen haben, und zweitens ist es die Kartoffelernte, die vielfach einen großen Teil Kameraden in Anspruch nahm. Anfangs schien mir das letztere Argument eine laue Ausrede. Ich habe indes einsehen müssen, daß es in der Tat eine erhebliche Rolle mitspielt.

Trotzdem war die Tour nicht vergebens. Aus der Diskussion, die zum Teil recht lebhaft war, ergab sich im allgemeinen, daß die Erkenntnis Platz gegriffen hat, es müsse etwas zur Stärkung unserer Organisation getan werden. Ueber die Mittel und Wege in dieser Richtung sind die Meinungen noch geteilt. Verschiedene Diskussionsredner traten direkt für eine Erhöhung der Beiträge ein; andere glaubten, dem Verband am besten zu dienen, wenn man die Unterstützungseinrichtungen verbessere resp. weiter ausbaue; wieder andere vertraten den Standpunkt, die Unterstützungseinrichtungen nach Möglichkeit einzuschränken und alle Gelder für den Kampf zu reservieren.

B. Schilling, Mannheim.

Bericht über die Agitationstour vom 17. bis 29. September 1908. Meine Tour erstreckte sich auf Berlin und die Zahlstellen des Nord- und Nordostbezirks des Gaues Brandenburg. Versammlungen waren vorgesehen in Berlin, Zehdenick, Dranienburg, Cöpenick, Königsplatzhausen, Friedrichshagen, Groß-Lichterfelde, Freienwalde, Schwedt, Fürstentwale, Eberswalde und Neubamm. Bei diesen Ver-

Table with 4 columns: Zahlstelle, Zahl der Mitglieder, Zahl der erschienenen Mitglieder, In Prozenten. Rows include Essen, Köln a. Rh., Bonn, Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Hersfeld, Saab., Cassel.

Die Mitgliederzahl ist die am Schluß des zweiten Quartals. Für Frankfurt, Offenbach und Hanau ist die Zahl der gegenwärtig Beschäftigten zu grunde gelegt.

Berlin, den 3. Oktober 1908.

O. Knipfer.

Bericht über die Tour vom 12. bis 26. September. Der Besuch der Versammlungen war in den wenigsten Fällen befriedigend, meist war er schlecht, in einzelnen Fällen sehr schlecht. Die Zahl der Besucher stand vielfach in gar keinem Verhältnis zur Zahl der Mitglieder. Diese unerfreuliche Erscheinung hat verschiedene Ursachen. In all den besuchten Orten wohnen die Kameraden auf dem Lande, bisunter recht weit vom Orte der Versammlung ab. Nun war aber gerade zur Zeit der Tour die Kartoffelernte und zweifellos lag den Zimmerern das Einbringen der Kartoffeln näher, als der Besuch der Versammlungen.

sammlungen konnte es sich weniger darum handeln, neue Mitglieder zu werben, sondern es galt, die Mitglieder mit einer Frage vertraut zu machen, die für unseren Verband von prinzipieller Bedeutung ist. Der Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung bedeutet einen Umschwung in der bisherigen Raktik. Der Boden für den Abschluß von Verträgen, die sich auf größere Gebiete erstrecken, ist vorbereitet; vielleicht werden auch wir über kurz oder lang vor einem Reichstakt stehen.

Durch die Versammlungen, in welchen das Thema: „Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes“ behandelt wurde, sollte erreicht werden, daß sich das Interesse der Kameraden auf eine Frage lenkt, der bisher nicht immer die nötige Beachtung geschenkt worden ist. Dieser Zweck wurde erreicht, wie die den Vorträgen anschließende Diskussion ergeben hat. Gegner von Tarifverträgen sind in keiner Versammlung hervorgetreten. Auch dem diesjährigen Vortragsstoff ist nicht widersprochen worden. Einwendungen dagegen, daß für die Zukunft die zentralen Instanzen verhandeln und endgültig entscheiden sollen, sind so gut wie gar nicht gemacht worden. Im Gegenteil, überall haben die Kameraden ein, daß wir durch die Verhältnisse in andere Bahnen gedrängt worden sind und daß deshalb auch andere Maßnahmen erforderlich werden. Nur zwei Redner glaubten, den diesjährigen Abschluß als zu wenig demokratisch bezeichnen zu müssen. Die Ausführungen, die sie machten, paßten indes zu dem Vortragsthema wie die Faust aufs Auge. Der Besuch der Versammlungen konnte in den meisten Fällen ein besserer sein. Von einem regen Verbandsleben in der Zahlstelle zeugt es nicht, wenn nur ein Drittel der Mitglieder in der Versammlung anwesend ist, namentlich dort, wo die über große Mehrheit von Mitgliedern im Versammlungsort ihren Wohnsitz hat und auch durch Feldarbeiten nicht behindert ist. Beeinträchtigt wurde der Besuch der Versammlungen durch die zum Teil große Arbeitslosigkeit und in den Zahlstellen des lachalen Landes durch das Kartoffelausnehmen. Bei ähnlichen Veranstaltungen muß hierauf Rücksicht genommen werden. In Freienwalde, wo der Besuch besonders schlecht war und sieben Kameraden erschienen waren, konnte nur eine Besprechung stattfinden.

Alles in allem bin ich mit dem Ausgang der Tour zufrieden. Ganz besonders hat es mich gefreut, daß das Organisationsverhältnis, bis auf das in Dranienburg, ein sehr gutes ist. Wenn die Kameraden die Anregungen, die gegeben worden sind, beherzigen und weiter verfolgen, so habe ich die Ueberzeugung, daß die gute Wirkung auf die Gesamtorganisation nicht ausbleiben wird.

Leipzig, im Oktober 1908.

G. Lauer.

Was die von mir in der Zeit vom 19. September bis 2. Oktober in Thüringen abgehaltenen Versammlungen anbelangt, so kann ich sagen, daß, wenn überall eine solche Stimmung vorhanden ist wie ich sie in Thüringen vorgefunden habe, dann der Zweck, der durch diese Versammlungen erreicht werden sollte, vollst. erreicht sein würde. Auf Opposition bin ich nirgend gestoßen. Im Gegenteil, die Kameraden zeigten durchweg genügend Verständnis für die Situation, und auch die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, wußten sie zu schätzen. Durchweg wurde die Haltung des Zentralvorstandes bei den heurigen Verhandlungen als korrekt und gar nicht anders möglich anerkannt. Zu klagen habe ich nur über den schlechten Versammlungsbesuch. Gerade die größten Zahlstellen, wie Jena, Weimar, Erfurt und Gotha, auch Eisenach, worauf ich meine ganze Hoffnung setzte, verfielen vollständig. Nur 25 pZt. der Mitglieder waren in den Versammlungen. Um eine genaue Uebersicht zu geben, halte ich es für das Beste, alle Zahlstellen anzuführen. Es ist auch notwendig, weil daraus zu ersehen ist, welchen Wert diese Versammlungen haben, nicht nur zu dem Zweck, welcher diesmal maßgebend war, sondern überhaupt. An den Versammlungen nahmen teil in Coburg 16, Sonneberg 11, Saalfeld 36, Rudolstadt 18, Jena 65, Weimar 26, Erfurt 60, Arnstadt 18, Tambach 20, Gotha 73, Waltershausen 27, Eisenach 62, Salzungen 30 Mitglieder. Allgemein wurde der schlechte Besuch der Versammlungen darauf zurückgeführt, daß der weitaus größte Teil der Kameraden auf dem Lande wohne und das günstige Wetter der letzten Wochen dazu benutze, das bis dahin Habe unter Dach zu bringen. Dieser Vorwand scheint ja berechtigt. Ich sagte oben schon, die Stimmung war durchweg eine gute. Einige der Redner in den verschiedenen Zahlstellen waren der Meinung, daß solche Touren öfter unternommen werden sollen, und wohl mit Recht. Auch ich habe den Eindruck gewonnen, daß, wenn es uns möglich gewesen wäre, eine günstigere Zeit zu wählen, in der die ländlichen Zimmerer, mit welchen wir in allen Gauen rechnen müssen, durch ihre häusliche Tätigkeit nicht so in Anspruch genommen sind, diese Versammlungen wären von eminentem Wert gewesen. Es bewies die Aufmerksamkeit, die ich in allen Versammlungen antraf, und nicht in letzter Linie die Art der Diskussion, die sich weniger in Fragen örtlicher Natur, sondern hauptsächlich in solchen, die das Allgemeininteresse betreffen, erschöpfte. Letzterem Umstände volle Beachtung zu schenken, wird eine unserer Hauptaufgaben mit sein müssen. Gewiß sollte uns jetzt schon durch unsere mehr als mustergültige Arbeitsteilung diese Möglichkeit gegeben sein, mit unseren Kameraden mehr andere, den engeren Gesichtskreis verlassende Materien zu behandeln und zu diskutieren. Zum großen Teil geschieht dies auch. Aber im Verlaufe der weiteren Debatten einer Versammlung, wie sie heute allgemein üblich sind, wird regelmäßig wieder verdorben, was anfänglich gut gemacht schien. Ich betone nochmals, ich habe von diesen Versammlungen einen guten Eindruck mit nach Hause genommen und wünsche nur, dieselben würden wiederholt, und zwar zu einer günstigeren Zeit und selbstverständlich zum Zwecke von Klärungen, Vorbereitungen oder ähnlichen für den Gesamtverband nützlichen Angelegenheiten.

Nürnberg, den 5. Oktober 1908.

Oskar Prohm.

Bericht über die Agitationstour vom 16. bis 30. September 1908. Sie erstreckte sich auf die Zahlstellen Magdeburg, Schönebeck, Ottersleben, Halberstadt, Blankenburg, Wernigerode, Goslar, Braunschweig, Salzweil, Seehausen,

Stendal, Burg bei Magdeburg und Genthin. Der Besuch der Versammlungen ließ durchweg zu wünschen übrig. Dort, wo eine Diskussion über den Vortragsstoff stattfand, stand sie auf der Höhe, so daß der Verlauf der Versammlung als ein guter bezeichnet werden kann.

In Magdeburg war die Versammlung von 32 Kameraden besucht. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. In der recht regen, sehr sachlichen Diskussion erklärten sich alle Redner mit den Ausführungen einverstanden. Die Maßnahmen in bezug auf den Abschluß des diesjährigen Vertrages wurden gutgeheißen und insbesondere die Notwendigkeit der Schaffung einer Verhandlungskommission und auch einer Stärkung der Finanzen betont. In Schönebeck an der Elbe waren 21 Kameraden anwesend. Alle Diskussionsredner äußerten sich in zustimmendem Sinne. In Ottersleben waren 17 anwesende Kameraden mit den Ausführungen einverstanden und versprochen, in dem Sinne zu arbeiten. In Halberstadt wurden die Ausführungen von 24 an der Versammlung teilnehmenden Kameraden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde der Ernst der Situation durchaus anerkannt und einer Stärkung der Machtverhältnisse des Verbandes das Wort geredet. In Blankenburg erklärten sich sämtliche anwesenden Kameraden, 15 an der Zahl, mit den Ausführungen einverstanden. In Wernigerode waren 25 Kameraden anwesend. Sie stimmten den Ausführungen zu; eine Diskussion wurde nicht beliebt. Desgleichen in Goslar, wo 14 Kameraden anwesend waren. In Braunschweig, wo 68 Kameraden erschienen waren, wurde von den Diskussionsrednern allgemein anerkannt, daß der Zentralvorstand bei dem Stand der Situation bei den Verhandlungen in Berlin nicht anders hätte handeln können. Des Weiteren wurde eine Stärkung des Verbandes hinsichtlich der Finanzen in Vorschlag gebracht, sowie auch die Notwendigkeit der Agitation betont. Hier wie auch in anderen Zahlstellen wurde der Wunsch geäußert, es möchten öfter derartige Versammlungen veranstaltet, aber auch nach Möglichkeit die kleineren Zahlstellen berücksichtigt werden. In Salzweil waren 24 anwesende Kameraden ohne Diskussion mit den Ausführungen voll und ganz einverstanden. In Seehausen in Anhalt stimmte die Versammlung, weil nur fünf Kameraden erschienen waren, ausfallen und wurde die allgemeine Situation am Bierschisch besprochen. Desgleichen in Genthin, wo nur vier Kameraden anwesend waren. In Stendal stimmten 29 anwesende Kameraden den Ausführungen zu. Die Diskussionsredner beantworteten eine finanzielle Stärkung des Verbandes und betonten die Notwendigkeit einer intensiven Agitation. Dasselbe war in Burg bei Magdeburg der Fall, wo wohl Bedenken geäußert wurden, auf der nächstens stattfindenden Generallerversammlung eine Beitragserhöhung zu beschließen, jedoch betont wurde, daß, wenn sich die Notwendigkeit dazu herausstelle, auch in dieser Hinsicht jeder seinen Mann stehen würde.

Soweit die tatsächliche Berichterstattung. Abgesehen von dem durchweg schlechten Versammlungsbesuch, war der Geist unter den anwesenden Kameraden ein guter. Nirgend trat ein Diskussionsredner mit den oft beliebten Verdächtigungen usw. auf. Ueberall standen die Ausführungen auf der Höhe und bewegten sich stets im Sinne des Referats. Meines Erachtens dürfte in den von mir besuchten Zahlstellen der zunächst gewollte Zweck, die Kameraden auf den Ernst der Situation hinzuweisen, die Handlungsweise des Vorstandes und der übrigen Vertreter des Verbandes bei den Verhandlungen in Berlin verständlich zu machen und die sich aus den diesjährigen Verhandlungen ergebenden Konsequenzen, wie Schaffung einer Verhandlungskommission, Stärkung der Macht des Verbandes usw., als Grundlage der Diskussion und der zu stellenden Anträge zur 18. Generalversammlung zu machen, erreicht sein.

P o s e n , den 7. Oktober 1908.

K. Bergemann.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind in Schladen a. Harz die Zimmerer der Firma Pfannenschmidt.

Gesperrt wird in Borna.

Gesperrt sind in Castrop die Arbeiter der Firma Belheuer, in Echorst b. Stockelsdorf die Arbeiter des Zimmermeisters Kaumann, in Hanau a. M. die Kasernebauern der Firma Mautenberg & Co., in Jüterbog die Kasernebauern auf dem alten Schießplatz, Firma Lehmann & Blöß, in Lüben das Geschäft von Müller, in Mühlheim in Baden, Badeweiler, Buggingen, Neubreitach und Mülhausen i. Gl. die Arbeiter der Firma Sutterlein & Gernig, in Potsdam die Arbeiter der Deutschen Hausbau-Gesellschaft, Holzbearbeitungsfabrik in Golm (Hauptsz. Berlin) und in Tegel-Mariehall das Geschäft von Müller.

Oesterreich.

Gesperrt ist Klagenfurt, Königswald und Villach.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Arad, Eßtergom, Cserwenke, Debrecen, Mindhent, Gyöngyös und Székesschwarz.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Basel und vom Platz Wezel in Luzern bei Rheinec.

Zu den Differenzen in Hanau (Zahlstelle Frankfurt a. M.) nahm am 27. Oktober eine Versammlung aller an den Kasernebauern beschäftigten Arbeiter Stellung. Kamerad Gye berichtete in eingehender Weise über die Ursachen des Lohnkonfliktes. Nach dem in Frankfurt zwischen dem Verband hausgewerblicher Spezialgeschäfte und den Organisationen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter vereinbarten Vertrag

beträgt der Lohn für Zementarbeiter 59 $\frac{1}{2}$, für Zimmerer 55 $\frac{1}{2}$ und für Bauhilfsarbeiter 43 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Er steigt am 1. April 1909 für Zementierer und Zimmerer um 1 $\frac{1}{2}$, für Bauhilfsarbeiter um 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Für auswärtige Arbeiter, wo eine Rückkehr abends unmöglich ist, muß neben einer täglichen Zulage von M. 1,50 resp. M. 1,20 das Fahrgeß dritter Klasse vergütet werden. Die Firma Mautenberg & Co., die in Berlin beheimatet ist, zahlte nun, obwohl sie dort einen Vertrag eingegangen ist, der für auswärtige Arbeiter höhere Löhne vorsieht, den aus Berlin nach Hanau gekommenen Arbeitern, lauter Italiener, nur Löhne von 65 und 70 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, wohingegen die aus der Umgegend von Hanau gebürtigen Arbeiter nur 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erhielten. Die Organisationsvertreter stellten der Firma schon unterm 11. September den Frankfurter Vertrag zu mit dem Erluchen um Rücküberung. Am 19. Dezember fand mit dem leitenden Ingenieur Heize eine Aussprache statt, die indes ein Ergebnis nicht zeitigte. Herr Heize erklärte, der Inhaber der Firma werde selbst nach dort kommen, bei welcher Gelegenheit auch mit ihm verhandelt werden könne. Daraus ward aber nichts, obwohl Herr Mautenberg nachweislich einige Male in Hanau anwesend war. Den Arbeitern lag sehr viel an einer friedlichen Regelung, weshalb sie die strikte Durchführung des Vertrages verzichten würden, wenn fortan für Zementierer und Zimmerer 50 $\frac{1}{2}$ und für Bauarbeiter 40 $\frac{1}{2}$ gezahlt würden. Die Firma antwortete auf die Bemittelungsverfugung mit der Entlassung der Zementierer am 24. Oktober. Das hatte zur Folge, daß die Zimmerer und Bauhilfsarbeiter die Arbeit niederlegten; nur die drei Italiener arbeiteten weiter. Die Versammlung erklärte sich mit diesem Vorgehen solidarisch durch Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den bei der Firma Mautenberg & Co. im Kampfe stehenden Arbeitern solidarisch und verpflichtet sich die Versammelten, unter keinen Umständen Arbeiten, welche die Firma Mautenberg auszuführen hat, zu verrichten. Die Versammlung verurteilt das Verhalten der Firma den Arbeitern gegenüber und bedauert, daß die Firma nicht auf das Entgegenkommen der Arbeiter eingegangen ist, sondern die Arbeiter zum Kampfe gezwungen hat.“

Die sozialdemokratische Stadverordnetenversammlung in Hanau hat bezüglich des Konfliktes an der Magistat und die Stadtverordnetenversammlung nachstehende Interpellation gelangen lassen:

„Ist dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß am 26. Oktober 19 Arbeiter an den städtischen Kasernebauern seitens des Unternehmers Mautenberg & Co. gezwungen wurden, die Arbeit einzustellen? Welche Maßnahmen gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um derartige, das Ansehen der Stadt schädigende Ereignisse zu beheben und für die Zukunft zu vermeiden? Die Unterzeichneten beantragen zu dieser Interpellation: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sich unverzüglich mit dem Unternehmer Mautenberg & Co. resp. mit dessen Ingenieur Heize in Verbindung zu setzen, die zur Arbeitsniederlegung ausgearteten Differenzen zu beseitigen und der Stadtverordnetenversammlung von dem Ergebnis der Verhandlungen Kenntnis zu geben.“

Berichte aus den Zahlstellen.

Artern. Am 16. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Rudloff aus Erfurt über: „Die Tarifbewegung im Zimmergewerbe und die Aufgaben unseres Verbandes“ referierte. An der Hand von reichhaltigem statistischem Material zeigte er, wie schwer es gewesen sei, den Verband auf seine jetzige Höhe zu bringen. Die Tarifverträge hätten das Ansehen des Verbandes nur gehoben. Er ging sodann auf die Aufgaben ein, die unserer noch harren und betonte, daß von unserer Macht die Arbeitgeber 1910 ihre Stellungnahme abhängig machen würden. In seinem Schlußwort ernannte der Redner die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und auch die Nichtanwesenden aufzufüllen. In der Versammlung war, wie immer, kaum ein Drittel der Mitglieder erschienen, trotzdem in der vorigen Versammlung besonders darauf aufmerksam gemacht worden war.

Ebingen. Hier fand am 22. Oktober im Lokal „Zur Volksküche“ eine Mitgliederversammlung statt, deren Besuch nicht befriedigte. Zunächst wurde der Kassibericht entgegen genommen. Er fand die Genehmigung der Versammlung, nur wurden die totalen Ausgaben als richtig hoch bezeichnet. Das hat seine Ursache aber darin, daß unier Zahlstellengebiet ein sehr ausgedehntes ist, in dem vier Bezirkszahlstellen bestehen, die oft von hier aus besucht werden müssen, sei es der Agitation halber oder auch wegen anderer Angelegenheiten. Auch die Ausgabe für Porto wurde moniert, was von dem Kassierer damit entkräftet wurde, daß man zu viel nach Hamburg schreiben müsse der Beitragenden wegen. Auf den Bericht der Revisoren mußte verzichtet werden, weil beide durch Abwesenheit glänzten. Als Streckunterstützungszuschlag wurde Gottlieb Herr, „Zur Volksküche“, gewählt. Die Auszahlung der Arbeitslohenunterstützung erfolgt wie bisher beim Kassierer. Unter „Verchiedenes“ wurden die Mitglieder noch aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen und den Vorstand tatkräftig zu unterstützen.

Kaiserlautern. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung war zum 25. Oktober einberufen worden. Es machte sich nämlich die Wahl eines ersten Vorsitzenden notwendig, da der bisherige seinen Posten niedergelegt hatte. In dieser Versammlung waren alle Mitglieder durch Postkarte eingeladen. Erschienen war indes nur der dritte Teil; die restlichen zwei Drittel glaubten wohl, daß ihre Anwesenheit nicht nötig sei. Von mehreren Rednern wurde die Gleichgültigkeit der diesigen Mitglieder scharf getadelt. Daß unter solchen Umständen die Zahlstelle eine fruchtbringende Tätigkeit nicht entfalten könne, sei einleuchtend. Nur wenn alle Mitglieder gemeinschaftlich für die Interessen der Organisation eintreten, würde es auch hier vorwärts gehen. Notwendig sei vor allem, daß die Mitglieder, an den Versammlungen teilnehmen.

Liegnitz. Im Gewerbshaus, Hinterbleiche, tagte am 21. Oktober unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Anwesend waren 23 Liegnitzer und 7 Breslauer Kameraden. Die vom Kassierer verleierte Quartalsabrechnung wurde genehmigt. Als Auszahlung der Streckunterstützung wurde Kamerad S. Zobel gewählt. Den ausgezeichneten reisenden Kameraden soll eine Unterstützung aus lokalen Mitteln von 25 $\frac{1}{2}$ bewährt werden. Zur Stadtverordnetenwahl wurden M. 10 bewilligt. Den reisierenden Mitgliedern, deren Namen bekanntgegeben wurden,

